

Bezugsgebühr: ...  
Herausgeber: ...  
Verleger: ...  
Redaktion: ...

# Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.  
Holländerstr. 11, Markt des Königs von Sachsen.  
Chocoladen, Cacaos, Desserts.  
Einzerverkauf Dresden, Altmarkt 2.  
Gegründet 1856

L. Dresdner  
Elektrische Apparate  
Königl. Markt, Stadt Wien  
Hollanstr.  
Elektrotherapeutisches Institut  
ersten Ranges.  
Ausführl. Instr. Abhandl. u. s. w.  
Die Heilwirkungen d. Elektrizität  
pages 90 Pf.  
Prospecte frei.

Oswald Funke, Schirmgeschäft  
Bürgerstr. 44 Dresden-Pleschen Bürgerstr. 44  
Annahme von Inseraten und Abonnements für die  
„Dresdner Nachrichten“.

„Wanderer“-Fahräder  
prämiiert Welt-Ausstellung Paris 1900 mit dem  
„Grand Prix“.  
(Einzige höchste Auszeichnung deutscher Fahräder.)  
Fab.-Niederlage: Dresden, Sildonienstr. 7, Ecke Pragerstr.

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.  
Dresden-A. Am See 16 L.  
Reichstes Lager aller Arten Papiere, Pappen etc. für alle Gen. Bedarf.  
Alle Aufträge werden prompt und billigst. Um Einholung  
von Offerten und Kalkulationen wird gebeten.  
Billigste Preise. - - Tadellose und schnellste Lieferung.

Regenschirme aparte Neuheiten C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17. Pragerstrasse 46. Annenstrasse 9.  
empfohlen in grosser Auswahl

Nr. 65. Spiegel: Die chinesische Frage. Hofnachrichten. Alterthumsverein, Dr. Krenschmer's Nachlass. Vereinsnachrichten, Gerichtsverhandlungen, Lotterie-Liste. Prof. Dr. Siebermann's „Dürer in Venedig“. Wuthmaj. Bitterung: Mittwoch, 6. März 1901.

## Die chinesische Frage.

Drahtfäden kann die englische Politik des Reichskanzlers Grafen Bülows nicht demonstrieren werden, als durch den Protest, den Deutschland in Peking gegen die Mandchurische Reichsregierung erhoben hat. Gegen das Vorgehen der Engländer in Südafrika, das auf die Vernichtung der Freistaaten der uns stammverwandten Buren gerichtet ist, hat die amtliche deutsche Politik nicht den mindesten Widerspruch geltend gemacht, obwohl noch vor fünf Jahren unser Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Richthofen, der Vorgänger des Grafen Bülows in diesem Amte, wiederholt erklärt hat, es müsse als eine schwere Verletzung der materiellen Interessen Deutschlands angesehen und behandelt werden, wenn Transvaal seine Selbstständigkeit verlore. In der That droht die englische Eroberungspolitik in Südafrika unsere dortigen nationalen Interessen; aber da es die Engländer sind, von denen solche Gefahren ausgehen, so hat die amtliche deutsche Politik nicht etwa bloss zu schweigen, sondern eine Haltung zu beobachten, die nicht einmal den Schein der Neutralität wahr, vielmehr das Wohlwollen und die Parteilichkeit so deutlich und entschieden wie nur irgend möglich zum Ausdruck kommen läßt. In der Mandchurien, auf das Russland als die meist interessierte Macht in Ostasien und auf Grund früherer Verträge mit China berechnete Ansprüche hat, haben wir gar kein nationales Interesse, um so mehr, als die Engländer, deren Machtstellung in China durch das weitere russische Vordringen gefährdet ist. Und weil dies der Fall ist, erscheint es für die amtliche deutsche Politik selbstverständlich, daß sie sich um der Mandchurien willen, die uns, um einen Bismarck'schen Ausdruck zu gebrauchen, nicht die Knochen eines dommerischen Grenablades wert ist, gegen Russland engagiert, dessen Freundschaft der wichtigste Faktor unserer europäischen Friedenspolitik ist, während Englands Gunst und Bundesgenossenschaft erfahrungsgemäß nur Schaden eintragen.

Als das deutsch-englische China-Abkommen veröffentlicht wurde, vertrat die unabhängige deutsche Presse die sich dem natürlichen Urtheile ausdrückende Auffassung, daß dieser Vertrag gegen Russland gerichtet sein müsse, während sich unsere Offiziele, die ihn als eine neue glorreiche Errettung der unversiegbaren genialen Bülows'schen Politik priesen, mit Entrüstung gegen solche antikaiserliche Tendenz verwahrten. Von offizieller Seite wurde damals ausdrücklich verneint, daß die Mandchurien Deutschland gar nichts angehe und daß sich daher das Abkommen nicht auf die Mandchurien beziehe. Jetzt erweist es sich, welche Vermeidung es damit in Wirklichkeit hat. Die Vorstellungen, die Deutschland bei dem Vertreter der chinesischen Regierung gegen Separat-Abkommen Chinas mit einzelnen Staaten erhoben hat, wären vollständig sinnlos und zwecklos, wenn sie nicht auf das russisch-chinesische Abkommen über die Mandchurien Bezug hätten. Die deutsche Regierung hat durch Li-Qung-Schang den chinesischen Reichsherrn erklärt, daß es nicht recht sei, wenn China werthvolle nationale Vermögensgegenstände und Einnahmequellen durch Separat-Abkommen mit einzelnen Staaten weggebe, so lange die Verpflichtung Chinas gegenüber der Gesamtheit der Mächte nicht klar gestellt sei. Thatsächlich existirt kein anderes Separat-Abkommen, als dasjenige, durch welches Russland die Mandchurien zugeprochen wird.

Daß der Protest Deutschlands den praktischen Erfolg haben werde, Russland zur Aufgabe seiner Ansprüche auf die Mandchurien zu bewegen, wird man wohl weder in der Wilhelmstraße in Berlin noch in der Downingstreet in London erwarten. Zwar haben sich den Vorstellungen Deutschlands gegen Separat-Abkommen Chinas mit irgend einer einzelnen Macht außer England auch Japan, Oesterreich-Ungarn, Italien und die Vereinigten Staaten angeschlossen; das wird aber in St. Petersburg um so weniger Eindruck machen, als sich Frankreich an dem Protest nicht betheiligt hat, sondern an der Seite Russlands geblieben ist. Es um der Mandchurien willen auf einen kriegerischen Konflikt ankommen zu lassen, ist ein zu abenteuerlicher Gedanke, um ihn ernstlich zu erwägen. Russland wird faktisch im Besitz der Mandchurien bleiben, ob das Separat-Abkommen mit China jetzt endgültig unterzeichnet wird oder nicht. Der Erfolg beweist die Richtigkeit der russischen Politik, und es ist geradezu kindisch, den Russen Selbstsucht und dergleichen vorzuwerfen, weil ihre Staatsmänner so klug gewesen sind, die russischen Interessen in Ostasien vor denen aller dort interessierten anderen Staaten zu wahren und zu fördern und nicht erst abzuwarten, ob das zweifelhafte Concert der Mächte im Stande sein wird, die Ansprüche sämtlicher Staaten gleichzeitig zu befriedigen. Unsere Offiziele zeigen sich enttäuscht darüber, daß Russland seinen eigenen Weg gegangen ist; sie müßten den Russen, obwohl sie die meist interessierte und stärkste Macht in Ostasien sind, zu den eigenen Vorteilen der Gesamtinteressen der übrigen Mächte untergeordnet und sich nicht eher von China Separat-Abkommen, die seiner Machtstellung entsprechen, gewähren zu lassen, als bis auch die Forderungen von Staaten zweiten Ranges, wie Spanien, Belgien, Dänemark u. s. w. erfüllt worden sind. Wenn die deutsche Politik von Anfang an genau so gerichtet verfahren wäre wie die russische und sich jetzt ebenfalls auf dem Wege eines Separat-Abkommens mit China keine materiellen Unsicherheitsmomente im Voraus sicher gestellt hätte, würden wir alle Ursache haben, mit der Bülows'schen Politik zufrieden zu sein, und unsere Offiziele, die sich jetzt über die russische Selbstsucht ereifern, würden sich selbst die Urten sein, die durch Lobesbann und vollem Drogen anstimmten. Statt ledig-

lich den eigenen Vorteil im Auge zu behalten, hat unsere ostasiatische Politik von vornherein zugleich auch den Engländern wahrzunehmen gesucht, während sich unsere Interessen in China weit besser im Einklang mit Russland hätten wahren lassen als im Bunde mit England, das unser Hauptkonkurrent in China ist. Wenn man nicht annehmen will, daß der Protest gegen die russisch-chinesischen Separat-Abkommen eine bloß platonische Bedeutung haben soll, so muß sich die Vermutung aufdrängen, daß jetzt der Fall gegeben ist, der in Punkt 3 des deutsch-englischen Abkommens in's Auge gefaßt wird. Dieser Punkt 3 enthält die Eventualbestimmung, daß Deutschland und England gelobt für sich handeln, sobald eine dritte Macht (Russland) territoriale Sonderrechte erlangt. Eine deutsch-englische Sonderaktion könnte nach Lage der Dinge nur auf Erlangung von Kompensationen oder Garantien territorialer Art hinauslaufen und damit würde eine neue Basis in der ostasiatischen Frage beginnen, die sich weit eher und kritischer gestalten dürfte, als alle Studien, die das chinesische Problem bereits durchlaufen hat.

## Neueste Drahtmeldungen vom 5. März.

Wien, Abgeordnetenhause. (Schluß.) Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Rekrutentontingent. Der Herr Abgeordnete v. ... hat die ...  
Washington, Präsident Mac Kinley hat sämtliche Mitglieder des Kabinetts in ihren Ämtern bestätigt.

Berlin, (Priv.-Tel.) Reichstag. Nach der Rede des Reichskanzlers Grafen Bülows behauptet in der fortgesetzten Verhandlung des Etats des Auswärtigen Amtes Abg. ...  
Berlin, (Priv.-Tel.) Reichstag. Nach der Rede des Reichskanzlers Grafen Bülows behauptet in der fortgesetzten Verhandlung des Etats des Auswärtigen Amtes Abg. ...

Grenze geleht durch die Interessen der Industrie und durch notwendige Wahrung der Lebensbedingung für den deutschen Arbeiter. Die Abweisung der Zollfrage bedarf also einer ganz besonderen Sorgfalt. Auch Herr Richter wird zugeben, daß die alten Handelsverträge beiderseitig und verbesserungsbedürftig sind; aber das ist allerdings unser Wunsch und unsere Absicht, auf aber annehmbarer Basis überhaupt wieder zu Handelsverträgen mit den anderen Staaten zu gelangen. Der Zweck des neuen Zolltarifs ist für mich kein finanzieller. Ich möchte daher vorschlagen, falls der neue Zolltarif dreizehnmal ergriffen, diese zu Wohlfahrtsbeirathungen im Reich zu verwenden. Auf jeden Fall wird unsere Handelspolitik mit dem Auslande einzig und allein distrikt sein von nationalen Interessen. (Beifall.) — Abg. Graf Plinkowitsch (kon.) dankt dem Reichskanzler für dessen Ausführungen und wendet sich dann zu dem Württemberg Artikel. Ihm scheint, es handle sich da mehr um eine Ungleichheit eines offiziellen Berichterstatters, der die Ideen des russischen Finanzministers unrichtig wiedergegeben habe. Es sei bedauerlich, wenn unsere freihändlerische Presse diesen russischen Artikel verwerthe hat. Jedenfalls sei Deutschland zu einem wirtschaftlichen Kampf mit Russland hinreichend gerüstet. — Abg. ... macht dem Reichskanzler den Vorwurf, daß dieser im Dezember gegenüber den alldeutschen Burenfreunden von Vierkantpolitik gesprochen habe. Noch vor fünf Jahren sei diese Politik amtliche Regierungspolitik gewesen. In sich habe er nichts gegen ein Bündnis mit England, aber jedenfalls bedürfen wir uns England gegenüber in einem Zustand von Intimität. Der Kaiser sei immer im Amt, auch bei seinen Reisen im Auslande. Wenn der Kaiser zum englischen Feldmarschall ernannt sei und dafür seinen Dank abgab, so sei dies Privatfache, aber es sei Staatsangelegenheit, wenn dergleichen in einem Augenblicke geschehe, wo England Krieg führe, und es sei auch Staatsangelegenheit, wenn der Kaiser bei seinem Danke hinzugefügt habe, die deutsche Armee empfinde mit ihm die Ehre. Auch an der Lebensversicherung an Lord Roberts über Redner Kritik. Es sei die höchste Zeit zur Umkehr. — Abg. ... erklärt, daß unsere gegenwärtige auswärtige Politik von dem Vertrauen weiterer Volkstheile nicht getragen sei. Wir müßten allerdings Rücksicht nehmen auf unsere Interessen, aber auch Rücksicht auf das Recht und auf die Beständen in weiten Kreisen Befürchtungen erheben, daß unsere Neutralität im südafrikanischen Kriege nicht völlig gewahrt sei. Er selbst könne auch heute noch nicht einsehen, weshalb Krüger's Weich abgewiesen werden müßte. Auch die Duldung von Waffenlieferungen habe mit Recht die Befürchtung ungenügender Neutralität genährt. Zweitens seien die Interessen der Deutschen in Südafrika nicht gewahrt, wie gewünscht werden müßte. Diese Frage ist auch auszuweisen auf unsere Interessen im Auslande und deren Wahrung überhaupt. Drittens herrsche Verwirrung wegen einer zu großen Intimität mit England, bei der England es an Gegenseitigkeit fehlen läßt. Gute Beziehungen lohnen, daß der Draht nach Russland gestrichet sei. Gute Beziehungen zu Russland könnten nicht hoch genug eingeschätzt werden. Freilich nachlassen dürften wir Niemand, wie schon Fürst Bismarck gesagt habe. Dieses Wort möchte er dem heutigen Reichskanzler auf politische wie wirtschaftliche Gebiete dringend ans Herz legen. — Staatssekretär v. ... stellt in Abrede, daß die Neutralität nicht genügend gewahrt sei. Kein einziger Staat habe ein Ausfahrverbot für Kriegsmaterial, Waffen und Konvooien erlassen. Hätten wir es allein gethan, dann hätte das gar keine Wirkung gehabt, denn England hätte seinen Bedarf anderswo gedeckt, und wir hätten uns nur selbst geschädigt, da einmal abgebrochene Abhängigkeiten sich hinterher schwer wieder erlangen lassen. Unrichtig sei auch, daß die Interessen Reichsangehöriger im Auslande von unseren Konsulaten nicht genügend gewahrt würden. In Genuß der Deutschen in Transvaal haben wir schon in mehreren Fällen Erfolge erzielt und auch die Firma Gorman & Co. bereits zum größten Theil befreit. Endlich widerpricht der Staatssekretär dem dritten Vorwurfe, daß wir mit England zu intim seien, ohne daß England Reziprozität gewähre. — Abg. ... zu Herrscheim (nat.) stellt Richter gegenüber, daß Deutschland, sondern Russland habe am meisten zu verlieren, wenn die Mandchurien nicht auf die Landwirthschaft, sondern auch auf Handel und Industrie Rücksicht nehmen solle. Wir erinnern Herr Richter daran, daß der Centralverband Industrieller sich mit Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle einverstanden erklärt hat und daß auch die generische Majorität im deutschen Handelsrathe nur eine ganz kleine war. Redner äußert dann aus, daß die Getreideerzeugung unter Verhältniß zu Russland nicht zu trüben brauche. — Abg. ... empfiehlt eine von ihm beantragte Resolution betr. Errichtung deutscher Handelsstammern im Auslande. — Abg. ... dankt dem Reichskanzler für seine populären Ausführungen, wünscht höhere Zölle besonders auf Brotgetreide und Hafer und bemängelt unter Konsulatwesen im Auslande. — Staatssekretär v. ... nimmt das Konsulatwesen in Schutz und stellt ein Verbot für Handelsstammern im Auslande in Abrede. — Abg. ... wünscht die Errichtung deutscher Handelsstammern im Auslande selbst dieses Verbot zu erlassen. — Der Titel „Staatssekretär“ wird genehmigt und die Resolution an die Subkommission verwiesen. — Morgen Fortsetzung.

INSO" KOSSELSTEIN-VORHNER, Ges. Resonanz,  
Friedrich & Glöckner, Dresden-Altan.